

# Öffentliche Hand sparte 2003 erneut an Schulbüchern

Seit 1991 sind die Lernmittelausgaben der öffentlichen Hand von 398 Millionen Euro auf 250 Millionen Euro im Jahr 2003 zurückgegangen. Dies entspricht gegenüber dem Vorjahr einem Rückgang von fast 10%. Damit hat sich auch im Jahr Zwei nach den schlechten PISA-Ergebnissen deutscher Schüler die negative Entwicklung bei den Investitionen von Ländern und Kommunen in die Erneuerung der Bildungsmedienausstattung weiter verschärft.

Die staatlichen Ausgaben für Schulbücher und Lernsoftware sind 2003 auf ein Rekordtief von bundesweit nur noch rund 250 Millionen Euro abgerutscht – fast 10% weniger als im Vorjahr. Seit 1991 kämpft die Branche der gut 70 Bildungsmedienerverlage mit einem kontinuierlichen Rückgang der öffentlichen Schulbuchausgaben, die 1991 noch bei knapp 400 Millionen Euro lagen. Die Pro-Schüler-Ausgaben der öffentlichen Hand sanken in diesem Zeitraum nach Auskunft des Branchenverbandes VdS Bildungsmedien um über 40% von 34,30 Euro auf nur noch 20,10 Euro.

Die Entwicklung in den Bundesländern war 2003 zum Teil höchst unterschiedlich: In den allermeisten Bundesländern wurde gekürzt. Am meisten in Berlin (-45%), aber auch in Sachsen-Anhalt (-36%), Thüringen (-34%), Hamburg (-20%), Niedersachsen (-15%), Mecklenburg-Vorpommern (-12%), Sachsen (-10%), Nordrhein-Westfalen (-9%), Brandenburg (-6%) und Baden-Württemberg (-4%). In Bayern und Rheinland-Pfalz, dem Saarland und in Schleswig-Holstein stagnierten die Ausgaben auf Vorjahresniveau.

Einen echten Innovationsschub gab es in Bremen: Mit direktem Bezug auf die besonders defizitären Lese- und Sprachfähigkeiten Bremer Schüler beim nationalen PISA-Test hat der Stadtstaat ein Sonderbeschaffungsprogramm zur Erneuerung der Lernmittelbestände aufgelegt. Nach VdS-Erhebungen wurden ca. 25% mehr Lernmittel angeschafft als im Vorjahr. Angesichts der harten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung im Land ist diese Leistung bemerkenswert und bundesweit einmalig. Dies zeige, dass es auch anders gehe, wenn der politische Wille zur Prioritätensetzung vorhanden sei, kommentiert der VdS die außerordentliche Entwicklung im kleinsten deutschen Bundesland. Eine Erhöhung des Lernmittelsetats gab es ansonsten nur noch in Hessen (+2%).

Die extremen Kürzungen in Berlin und Sachsen-Anhalt erklären sich durch Änderungen der Lernmittelfreiheit

und den Beginn einer Kostenbeteiligung für die Eltern: In Sachsen-Anhalt konnten die staatlichen Kürzungen durch die Elterngelder mehr als ausgeglichen werden; in Berlin gelang dies wegen der zu kurzfristigen Einführung der Änderungen nicht.

Ebenfalls deutlich erhöht wurde 2003 die Elternbeteiligung in NRW. Die Änderung sollte dem Land zum ersten Mal seit 1989 einen Innovationsschub bei der Schulbuchausstattung geben. Dieser fiel aber nicht so aus wie geplant, weil die Kommunen die Erhöhung der Elternbeteiligung vielerorts zu Kürzungen der eigenen Ausgaben nutzten. Auch in Hamburg sollte es zu einer Neuregelung der Lernmittelfreiheit kommen. Diese scheiterte im letzten Moment am Widerstand der Schill-Partei. Da der Etat bereits gekürzt war, gingen die Schulbuchneuanschaffungen um fast 20% zurück.

## Mehr Privatkauf

Die um bundesweit 10% rückläufigen staatlichen Ausgaben konnten 2003 durch vermehrten Privatkauf in den Schulen knapp ausgeglichen werden. Auch hier differieren die Entwicklungen von Bundesland zu Bundesland deutlich: Einen signifikanten Zuwachs gab es lediglich in den Ländern, in denen 2003 Kostenbeteiligungen bei der Lernmittelfreiheit eingeführt wurden; in den anderen Bundesländern stagnierten die privaten Lernmittelausgaben auf Vorjahresniveau.

## Stagnation im Nachmittagsmarkt

Keine Wachstumsimpulse gab es 2003 auch im so genannten „Nachmittagsmarkt“ der Nachhilfe, der Prüfungsvorbereitung und des freiwilligen Lernens: Der in den letzten Jahren für die Branche immer wichtiger gewordene Teilmarkt litt unter der allgemeinen Kaufzurückhaltung und stagnierte. Die Erwartungen an diesen Markt sind aber

weiter hoch: Durch den sich bundesweit durchsetzenden Trend hin zu länderübergreifenden Abschlussprüfungen und allgemein definierten Bildungsstandards gewinnen die für das prüfungsorientierte Lernen konzipierten, kompakten Lernhilfen und die Prüfungssoftware immer größere Bedeutung.

## Raubkopien stoppen

Auch computergestützte Lernmedien enttäuschten: Der Umsatz mit Lern- und Unterrichtssoftware stagnierte erneut auf dem im internationalen Vergleich extrem niedrigen Niveau von ca. 35 Millionen Euro. Davon wurden weniger als 10 Millionen Euro von den Schulen ausgegeben. Die nun schon im dritten Jahr enttäuschende Marktentwicklung dieses mit hohem Investitionsaufwand entwickelten Produktangebots stellt die Branche vor ernste Probleme: Einerseits werden die Verlage von der Politik angehalten, Softwareangebote für den computergestützten Unterricht in den Schulen anzubieten, andererseits fehlt an den Schulen das Geld, diese Software zu kaufen. Mit der verschärften Finanzkrise der Kommunen sind die öffentlichkeitswirksam eingeleiteten Medienoffensiven in den meisten Bundesländern praktisch zusammengebrochen: „Die Gelder reichen bestenfalls für die Erneuerung und Erweiterung der Hardwarebestände, aber nicht für die Anschaffung von Lernsoftware“, klagt VdS-Geschäftsführer Andreas Baer. Ohne pädagogisch konzipierte Software bleibe die Technik aber für die geplante Modernisierung des Unterrichts folgenlos. In den Schulen herrsche nach der anfänglichen Euphorie nun breite Ernüchterung.

Zudem werde der Softwareabsatz in hohem Maß durch Raubkopieren geschädigt. Der VdS hat dagegen eine breit angelegte Informationskampagne an den Schulen gestartet, die das Unrechtsbewusstsein zumindest bei der Lehrerschaft schärfen soll.

## Vorsichtiger Optimismus für 2004

Nach dem enttäuschenden Geschäftsjahr 2003 blickt die Bildungsmedienbranche vorsichtig optimistisch auf 2004: In mehreren Bundesländern treten dieses Jahr umfassende, direkt auf PISA Bezug nehmende Bildungsplanreformen in Kraft. Darunter sind die beiden wichtigsten Regionalmärkte Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg. Die Neuordnungen erfordern neue, von den Verlagen konzipierte Bildungsmedien. Ungeklärt ist allerdings die

Finanzierung der notwendigen Innovationen: So hat Hessen für 2004 seinen Lernmittelfreiheitsetat um fast 15% gekürzt; auch in Baden-Württemberg, wo die Lernmittelfinanzierung Angelegenheit der Kommunen ist, sind vielerorts Kürzungen von bis zu 20% angekündigt worden.

Der VdS fordert hier Konsequenzen nach dem Beispiel von Bremen, das seine Lernmittelausgaben durch Sonderbeschaffungsprogramme in den letzten Jahren trotz finanzieller Notlage deutlich erhöht hat. Andernfalls müssen die Länder den Mut zur Mitfinanzierung der Lernmittelbeschaffung durch die Eltern finden. Vorgemacht haben dies im letzten Jahr die Bundesländer Berlin, NRW und Sachsen-Anhalt:

- In Niedersachsen soll 2004 an die Stelle der Lernmittelfreiheit ein neuartiges Mietverfahren für Schulbücher treten, für das die Eltern zahlen sollen.
- In Bayern sind Neuregelungen der Lernmittelfreiheit mit Elternbeteiligungen von der Landesregierung angekündigt.

Nach den in diesem Jahr anstehenden Landtagswahlen erwartet der Verband in weiteren Bundesländern die Einführung einer privaten Kostenbeteiligung. Wichtig sei dabei, dass die Eltern für ihr Geld einen Gegenwert in Form von eigenen Schulbüchern und damit eine bessere Lernmittelausstattung für ihre Kinder erhalten, erklärt der Verband. Versuche, einfach die eingesparten staatlichen Mittel durch Elterngelder zu ersetzen, helfen den Schulen nicht weiter und hinterlassen beim Bürger zu Recht den Eindruck, dass wieder einmal nur auf ihre Kosten gespart werden soll.

## Veraltete Lernmittel

Wegen der Sparmaßnahmen der Bundesländer verbesserte sich die Bildungsmedienausstattung der Schulen 2003 trotz steigender Elternausgaben im Bundesdurchschnitt nicht. Bereits Ende letzten Jahres monierte der erste Nationale Bildungsbericht der Kultusministerkonferenz, dass die Lernmittel der Schulen stark überaltert sind und die Ausleihzeiten von Lehrwerken im Bundesdurchschnitt mittlerweile bei neun Jahren liegen. Der VdS fordert hier konsequentes Handeln der Bildungspolitik: „Wer umfassende Reformen einleitet, damit das deutsche Bildungswesen wieder international Anschluss findet, der kann nicht gleichzeitig die Bildungsinvestitionen weiter herunterfahren.“ Mit den in den Schulen vorhandenen überalterten Lernmitteln ließen sich die Lese- und Lernschwächen der Schüler definitiv nicht verbessern.

Der VdS ist mit Blick auf die laufenden Diskussionen um eine Neuregelung der Lernmittelfreiheit in Bayern und Niedersachsen verhalten optimistisch, dass es mittelfristig zu einer Verbesserung kommen könnte. Allerdings warnt der Verband vor einem kompletten Rückzug des Staates aus der Lernmittelfinanzierung.

Rino Mikulic

### Autor/Ansprechpartner



#### Rino Mikulic

VdS Bildungsmedien e.V.  
 Zeppelinallee 33  
 60325 Frankfurt am Main  
 Telefon: 0 69-70 30 75  
 Fax: 0 69-70 79 01 69  
 mikulic@vds-bildungsmedien.de  
 www.vds-bildungsmedien.de